

---

## Europa in der Pandemie: Forschung und Innovation für ein resilientes Gesundheitssystem

### Erklärung des Vorsitzes

---

Die Interparlamentarische Konferenz „Europa in der Pandemie: Forschung und Innovation für ein resilientes Gesundheitssystem“ wurde im Rahmen der parlamentarischen Dimension der Deutschen Ratspräsidentschaft am 7. September 2020 durchgeführt. Wegen der außergewöhnlichen Umstände durch die COVID-19-Pandemie fand sie in Form einer Videokonferenz statt. Es nahmen Abgeordnete aus 21 EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament sowie als Beobachter Abgeordnete aus Norwegen und dem Vereinigten Königreich teil. Die Konferenz zog eine Zwischenbilanz über die Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und befasste sich mit Vorschlägen für eine intensivere Zusammenarbeit im Gesundheitssektor, neuen Impulsen für die Förderung der Gesundheitsforschung und Möglichkeiten zur Bewältigung von Krisen mit Hilfe digitaler Instrumente.

#### **Wir, die Vorsitzenden der Konferenz,**

- bekunden unsere Solidarität mit den infizierten Menschen in der ganzen Welt und den am stärksten betroffenen Ländern. Wir erklären unsere Hochachtung für das medizinische Personal und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Gesundheitssystemen. Wir unterstreichen die Bedeutung des Schutzes der öffentlichen Gesundheit und resilienter Gesundheitssysteme und sind uns dabei bewusst, dass die nationalen Parlamente eine große Mitverantwortung für die Ausgestaltung ihrer Gesundheitssysteme tragen;
- anerkennen die wirkungsvolle Reaktion der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen, insbesondere der Kommission, im Rahmen der WHO-Empfehlungen auf den Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Wir befürworten eine noch intensivere Zusammenarbeit auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Gesundheit und Forschung, da hiervon die Prävention und die Qualität der medizinischen Versorgung in allen Ländern profitieren kann. Solidarität und Souveränität sollten die Schlüsselbegriffe dieser Zusammenarbeit sein, die auch künftig den Zugang zu Impfstoffen erleichtern soll;
- sehen es als zentrale Aufgabe der Politik der EU und der Mitgliedstaaten an, auch in Krisensituationen zu gewährleisten, dass die Bevölkerung jederzeit mit notwendigen Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung versorgt ist. Um in der EU die Reaktionen auf pandemische Entwicklungen besser aufeinander abzustimmen, brauchen wir eine verstärkte Zusammenarbeit und einen besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten;
- sind der Auffassung, dass hierfür eine verstärkte Digitalisierung, hin zu einem besseren und schnelleren Datenaustausch und einem gemeinsamen Gesundheits-Datenraum, für die Erfassung des Infektionsgeschehens notwendig und anzustreben ist. Hierzu zählt auch

---

die Kompatibilität der einzelnen Corona-Apps. Die Chancen und der Nutzen solcher Apps hängen stark davon ab, inwiefern es den Mitgliedstaaten der EU gelingt, die vorhandenen technischen Möglichkeiten zu nutzen und in dieser Frage besser zusammenzuarbeiten;

- sind überzeugt, dass die Ausweitung der Testung und die Bewertung von Infektionsrisiken die erste und entscheidende Reaktion auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren ist. Jedoch muss der Umgang mit Infektionszahlen vereinheitlicht werden und auf Grundlage gemeinsamer Kriterien erfolgen. Daher sprechen wir uns für eine bessere Vorbereitung und Koordinierung gemeinsamer Krisenreaktionen aus und unterstützen eine Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und seine Einbindung in ein EU-weites Berichtssystem;
- betonen die Notwendigkeit, Forschung und Innovation verstärkt zu fördern. Durch eine Bündelung der Ressourcen können die EU und ihre Mitgliedstaaten mehr erreichen. Dabei soll aus dem Spannungsverhältnis zwischen der Exzellenzforschung in einigen Ländern und der bedarfsorientierten Forschung in anderen Ländern verstärkt Nutzen gezogen werden. Dem Austausch von Forschungsdaten in einem vertrauenswürdigem Umfeld kommt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu. Um Desinformation bekämpfen zu können, sollte die Wissenschaftskommunikation stärker gefördert werden. Ebenso sollte der epidemiologischen Begleitforschung die notwendige Beachtung geschenkt werden;
- teilen die Forderung aus der Wissenschaft, dass ein Teil der Europäischen Forschungsgelder auch in den globalen Süden investiert werden muss, besonders im Bereich der Ausbildung von Wissenschaftlern, insbesondere Medizinerinnen;
- sind uns einig, dass es bei der Forschungsförderung neben einer europäischen Strategie auch nationaler Strategien aller Mitgliedstaaten bedarf, damit, wie in der Lissabon-Strategie ursprünglich festgelegt, zusätzlich zu den EU-Mitteln der Anteil der Forschungsausgaben der Mitgliedstaaten 3 % ihres nationalen BIP entspricht. Dieses Ziel muss dringender denn je auch mit Unterstützung des privaten Sektors verfolgt werden;
- begrüßen, dass die EU im Frühjahr 2020 rasch Mittel für die COVID-19-Forschung bereitgestellt hat, bedauern jedoch, dass die Staats- und Regierungschefs die geplanten Zuwächse der Finanzierung des Programms „EU4Health“ sowie des EU-Programms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ im Rahmen des Aufbauinstruments „Next Generation EU“ gekürzt haben. Wir unterstützen daher die Forderungen des Europäischen Parlaments, dass bei den anstehenden Beratungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen für die Gesundheitsforschung und die Forschung insgesamt mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zugleich sind die nationalen Parlamente aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass in den Mitgliedstaaten 3 % des BIP für die Forschung eingesetzt werden.

Für den Vorsitz

**Erwin Rüdgel**  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender Ausschuss für Bildung,  
Forschung und  
Technikfolgenabschätzung

**Manuel Höferlin**  
Vorsitzender Ausschuss Digitale  
Agenda